



Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 18. Mai 2017

Antrags-Nr. 17-F-05-0010

Den Wissensschatz der Bürgerinnen und Bürger heben - E-Partizipation ermöglichen - Antrag der FDP-Fraktion 22.03.2017 -

Kommunalpolitische Entscheidungen haben einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität vor Ort. Aus diesem Grund sollten die Beschlüsse der städtischen Gremien und der Verwaltung möglichst einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Durch den Wandel vom Obrigkeitsstaat zur demokratischen Bürgergesellschaft sind Top-Down-Entscheidungen keine zeitgemäßen Instrumente mehr und können die meisten Herausforderungen nicht mehr nachhaltig bewältigen. Inklusive Entscheidungsprozesse ermöglichen es daher, das Wissen vieler zielführend und im Sinne besserer Entscheidungen für die Allgemeinheit zu nutzen. Bei E-Partizipation geht es darum, die Expertise von Verwaltung und Politik mit dem zusätzlichen Wissen aus der Mitte der Gesellschaft zu erweitern und somit die Entscheidungsgrundlagen anzureichern. Neben diesem Nutzbarmachen von Bürgerwissen führt das inklusive Entscheiden auch zu einer höheren Identifikation der Betroffenen mit den Entscheidungen und erhöht somit deren Akzeptanz und erleichtert deren Umsetzung. Bürgerinnen und Bürger werden somit in die Entscheidungsprozesse integriert und zu Partnern des Wandels gemacht.

Erste positive Erfahrungen in diesem Bereich haben in Deutschland beispielsweise die Stadt Wuppertal sowie die Region Altmark mit dem Angebot des deutsch-israelischen Unternehmens 'Insights' gemacht. Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit ihren Leitlinien zur Bürgerbeteiligung den Weg in Richtung moderne Bürgerbeteiligung eingeschlagen. Dieser Weg sollte kontinuierlich weiterverfolgt und fortgesetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,

a. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits im Rahmen der Leitlinien für Bürgerbeteiligung getroffen hat, um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden.

b. an welchen Stellen der Stadtverwaltung die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger noch ausbaufähig ist.

2. zu prüfen, welche Bereiche und welche Projekte neben den bereits anvisierten besonders geeignet wären, um innovative E-Partizipation zu ermöglichen und umzusetzen.

3. nach positiver Prüfung die Instrumente der E-Partizipation in das Verwaltungshandeln aufzunehmen und anzuwenden.

Gem. Änderungsantrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 16.05.2017:

Der Antrag enthält folgende Änderungen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,

a. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits im Rahmen der Leitlinien für Bürgerbeteiligung getroffen hat, um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden.

b. an welchen Stellen der Stadtverwaltung die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger noch ausbaufähig ist.

2. zu prüfen ***und dem Ausschuss zu berichten***, welche Bereiche und welche Projekte neben den bereits anvisierten besonders geeignet wären, um innovative E-Partizipation zu ermöglichen und umzusetzen.

~~3. nach positiver Prüfung die Instrumente der E-Partizipation in das Verwaltungshandeln aufzunehmen und anzuwenden.~~

Beschluss Nr. 0215

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 22.03.2017 betr.

Den Wissensschatz der Bürgerinnen und Bürger heben - E-Partizipation ermöglichen

wird bei Annahme des gem. Änderungsantrages von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen wie folgt angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,

a. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits im Rahmen der Leitlinien für Bürgerbeteiligung getroffen hat, um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden.

b. an welchen Stellen der Stadtverwaltung die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger noch ausbaufähig ist.

2. zu prüfen und dem Ausschuss zu berichten, welche Bereiche und welche Projekte neben den bereits anvisierten besonders geeignet wären, um innovative E-Partizipation zu ermöglichen und umzusetzen.

1. Der Vorsitzenden des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Wiesbaden, .05.2017

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2017

Dezernat I/WIEB
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister